

Europas Rohstoffe sichern: Fair, nachhaltig, demokratisch legitimiert

I. Rohstoffpolitik für eine zukunftsfeste EU-Industrie

Für Schlüsseltechnologien der Energiewende, Elektromobilität und Digitalisierung sind kritische Rohstoffe unverzichtbar. Die Europäische Union (EU) und Deutschland sind aufgrund geringer eigener Vorkommen stark von Importen abhängig. Gleichzeitig werden Krisen und Konflikte zu einer immer größeren Bedrohung für die Rohstoffversorgung in der EU. Daher ist strategisches Rohstoffmanagement auf EU-Ebene wesentlich, um die europäische Industrie in Zukunft wettbewerbsfähig zu halten und deren Versorgung zu sichern.



Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE: Rohstofflage in der Chemischen Industrie. Berlin 2023.

Mit dem Critical Raw Materials Act (CRMA) hat die EU einen ersten Schritt gemacht, um Abhängigkeiten von einzelnen Lieferländern zu reduzieren, Lieferketten zu diversifizieren und heimische Ressourcen besser zu nutzen. Zudem sind die Unternehmen durch die europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) und die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung gefordert, Umwelt-, Menschenrechts- und Arbeitsstandards in ihren Lieferketten einzuhalten. Dies zu unterstützen, ist ebenfalls ein wichtiges Ziel der EU-Rohstoffpolitik.



Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE: Raffinade-Produktion kritischer Rohstoffe in Deutschland. Berlin 2024.

Die EU verfolgt beim Rohstoffmanagement aktuell verschiedene Ansätze: Sie setzt auf internationale Partnerschaften, beispielsweise das MERCOSUR-Abkommen, um sich auf dem internationalen Markt Ressourcen zu sichern. Sie will den heimischen Abbau und die Weiterverarbeitung fördern, um einen Teil des Bedarfs selbst zu decken. Außerdem soll der Ausbau der Kreislaufwirtschaft den Verbrauch von Primärrohstoffen und damit die Importe senken.

Dies in einer kohärenten Rohstoffpolitik umzusetzen, erfordert ein koordiniertes Vorgehen und die Moderation von Zielkonflikten, z. B. zwischen Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsinteressen. Das geht nur mit Beteiligung von Interessengruppen, zuvorderst Unternehmen und Gewerkschaften, Umwelt- und zivilgesellschaftliche Organisationen. Das im CRMA vorgesehene Board ist ein erster Einstieg in diese Aufgabe, kann aber aktuell die demokratische Legitimation nicht gewährleisten. Wir schlagen daher die Weiterentwicklung zu einer EU-Rohstoffagentur vor, in der vorhandene Ressourcen der Mitgliedstaaten gebündelt werden. Sie soll die formulierten Rohstoffziele organisatorisch und demokratisch absichern und entlang der gesamten Rohstoffkette – von der Exploration bis zum Recycling – agieren.



Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE: Rohstoffe für Europas Zukunft. Gestaltung einer EU-Rohstoffagentur. Berlin 2024.

II. Was fordert die europäische Rohstoffpolitik heraus?

Starke Abhängigkeiten und geopolitische Spannungen

Im globalen Wettbewerb um Rohstoffe verschwimmen die Grenzen zwischen Partnern und Konkurrenten immer mehr. Während die USA derzeit noch in Initiativen wie der Minerals Security Partnership kooperieren, verfolgen sie gleichzeitig protektionistische Ansätze. Ihre langfristige Perspektive als Partnerin der EU ist derzeit unklar. Andere Länder wie Saudi-Arabien agieren flexibel zwischen den Interessen Chinas, der USA und der EU. Vor diesem Hintergrund muss die EU klare Strategien für stabile und verlässliche Partnerschaften entwickeln.

Komplexe Aufgaben und Zielkonflikte

Die EU will bis 2050 klimaneutral werden und sich gleichzeitig aus geopolitischen Abhängigkeiten lösen. In der Rohstoffpolitik heißt das, gleichzeitig heimischen Rohstoffabbau unter hohen Umweltstandards vorantreiben, globale Partnerschaften in zum Teil instabilen Regionen aufbauen und den Verbrauch durch Recycling und Effizienzmaßnahmen senken. Die Gleichzeitigkeit führt zu Zielkonflikten, etwa zwischen kurzfristiger Versorgungssicherheit und langfristiger Nachhaltigkeit. Partnerschaften mit Staaten, die Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechtsstandards nicht einhalten, können zu Spannungen führen. Die EU muss diese Konflikte aktiv managen und Prioritäten setzen, um Versorgungssicherheit und nachhaltige Lieferketten in Einklang zu bringen.

Gesellschaftliche Akzeptanz der Rohstoffpolitik

Die Umsetzung der EU-Rohstoffpolitik ist ohne breite gesellschaftliche Akzeptanz kaum möglich. Neue Bergbauprojekte stoßen vor Ort häufig auf Widerstand, aus Umweltschutzgründen oder weil Anwohnende ihre Lebensräume bedroht sehen. Die heimische Weiterverarbeitung oder der Ausbau der Kreislaufwirtschaft benötigen oft staatliche Anschubfinanzierung und greifen teils in lokale Strukturen ein. Zudem ist der Rohstoffabbau weltweit von schlechten Arbeitsbedingungen und Umweltproblemen geprägt. Die Qualität neuer Arbeitsplätze im heimischen Rohstoffsektor sowie die Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards entlang der gesamten Wertschöpfungskette müssen kontinuierlich überprüft werden. Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sind zentrale Partner, um die Rohstoffpolitik sozial- und umweltverträglich zu gestalten. Sie müssen in die EU-Rohstoffstrategie eingebunden werden.

III. Was brauchen wir für eine faire und nachhaltige Rohstoffversorgung?

Strategische Unabhängigkeit durch stabile Partnerschaften

Ziel der EU-Rohstoffpolitik muss strategische Unabhängigkeit sein. Das bedeutet, nicht erpressbar zu sein, ohne alles selbst zu produzieren. Entscheidend sind wertebasierte Partnerschaften auf Augenhöhe, die auf Vertrauen und gemeinsamen ethischen Standards beruhen. Solche Partnerschaften schaffen nicht nur Versorgungssicherheit, sondern stärken auch die Resilienz der europäischen Wirtschaft.

Dabei reicht es nicht aus, Verträge zwischen Regierungen zu schließen. Rohstoffpartnerschaften müssen durch eine enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in den jeweiligen Partnerländern flankiert werden. Dies dient einerseits dazu, die Partnerschaften langfristig aufzustellen und nicht auf kurzfristige Interessen aktueller Regierungen zu beschränken. Außerdem etabliert man dadurch ein Frühwarnsystem bei Problemen: Nur so kann langfristig Versorgungssicherheit gewährleistet sein und gleichzeitig ökologische und soziale Standards eingehalten werden.

Critical Raw Materials Board ausbauen: Demokratische Strukturen für Akzeptanz und Erfolg

Rohstoffpolitik muss demokratisch abgesichert sein. Der Abbau und die Verarbeitung von Rohstoffen haben weitreichende Auswirkungen auf Umwelt, Anwohnende und Beschäftigte. Um die Akzeptanz zu sichern, müssen Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und andere Stakeholder strukturell in die Arbeit der Rohstoffagentur eingebunden werden – sowohl beim Aufbau als auch bei der kontinuierlichen Begleitung. Nur durch diese soziale Partnerschaft kann die EU ihre Rohstoffstrategie erfolgreich umsetzen.

Für die langfristige Akzeptanz der EU-Rohstoffpolitik ist eine intensive Einbindung der relevanten Stakeholder notwendig. Unternehmen, Beschäftigte, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und politische Akteure müssen sowohl beim Aufbau als auch bei der kontinuierlichen Umsetzung der Strategien einbezogen werden (siehe Abb.).

Das im Critical Raw Materials Act vorgesehene Board (CRMB) kann weiterentwickelt werden, um unterschiedliche Interessen abzubilden und einen dauerhaften Dialog zu etablieren. Das Beispiel der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) ist ein Vorbild für die Einbeziehung von Umwelt- und Sozialpartnern in die Strukturen dieser Art von EU-Institutionen. Die Beteiligung der relevanten Akteure schafft Transparenz und Vertrauen, die für die Akzeptanz von Maßnahmen entscheidend sind. Eine strategisch abgestimmte, demokratisch legitimierte und wertebasierte Rohstoffpolitik ist der Schlüssel zur Sicherung der europäischen Unabhängigkeit und einer nachhaltigen Zukunft.



Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Rohstoffpartnerschaften. Spannungsfeld zwischen Menschenrechten, Transformation und wirtschaftlicher Souveränität. Berlin 2024.



Link zum Verwaltungsrat der ECHA

Abbildung: Stakeholdergruppen einer EU-Rohstoffagentur und ihre Interessen, eigene Darstellung

Potenzielle Stakeholdergruppen und -interessen	
<p>Zivilgesellschaft und lokale Gemeinschaften</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schutz der lokalen Umwelt und Lebensqualität • Erzielung eines gemeinwohlorientierten Nutzens • Transparenz von und Beteiligung an Entscheidungsprozessen 	<p>Regierungen und Politik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewährleistung der Rohstoffversorgung • Erreichung von strategischer Unabhängigkeit • Förderung von Nachhaltigkeit und Umweltschutz • Regulierung und Kontrolle des Rohstoffsektors 
<p>Nichtregierungsorganisationen (NGOs)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einhaltung von Menschenrechten und Schaffung sozialer Gerechtigkeit • Stärkung der Lobbyarbeit und Öffentlichkeitsarbeit für kritische Themen 	<p>Wirtschaft und Industrie</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung der Rohstoffversorgung • Sicherung von Wettbewerbsfähigkeit • Förderung von Innovationen 
<p>Wissenschaft und Forschung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten • Transparenz und Verfügbarkeit von Daten und Informationen 	<p>Umweltschutzorganisationen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Etablierung nachhaltiger Praktikanten für Rohstoffabbau und -verarbeitung • Schutz der Biodiversität • Stärkung der Kreislaufwirtschaft 
<p>Gewerkschaften</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen • Gewährleistung sicherer, fairer Arbeitsbedingungen • Qualifizierung, Weiterbildung und Umschulung • Beteiligungsorientierte Interessenvertretung 	<p>Finanzinstitutionen und Investoren</p> <ul style="list-style-type: none"> • Management von rohstoffwirtschaftlichen Risiken • Investitionsförderung nachhaltige Rohstoffprojekte • Gewährleistung einer hohen Marktstabilität 

Was macht die Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE?

Als gemeinnützige Stiftung machen wir Forschung an der Schnittstelle von Nachhaltigkeit, Transformation und Guter Arbeit immer aus der Perspektive und im Sinne der Beschäftigten. Im Schwerpunkt *Transformation der Industrie* beschäftigt sich die Stiftung mit den Rahmenbedingungen für eine Industrie der Zukunft.



**JETZT ZUM
NEWSLETTER
ANMELDEN!**



Bitte zitieren als:
Stiftung Arbeit und Umwelt der IGBCE (2025): Europas Rohstoffe sichern:
Fair, nachhaltig, demokratisch legitimiert. Berlin.